

Umfrage zur Bundestagswahl: 24 verkehrspolitische Vorhaben im Check

Frage: Bald stehen die vorgezogenen Bundestagswahlen an. Sie sehen unten nun ausgewählte verkehrspolitische Vorhaben der verschiedenen Parteien. Welchen Plänen und Ideen aus der Politik stimmen Sie zu, welche lehnen Sie ab?

	Stimme zu	Lehne ab	Ich weiß nicht
Der Erwerb des Führerscheins für junge Menschen soll bezahlbar bleiben	90%	5%	5%
Alternative Antriebstechnologien sollen technologieoffen gefördert werden, es sollen also neben E-Autos auch E-Fuels, Wasserstoff sowie Biokraftstoffe gefördert werden	67%	18%	15%
Die Ladeinfrastruktur für E-Autos soll ausgebaut werden	66%	21%	12%
Das Verbrennerverbot ab 2035 soll aufgehoben werden	62%	25%	12%
Der Parkraum in den Innenstädten soll ausgebaut werden	60%	29%	11%
Es soll Kauf- und/oder Leasinganreize für E-Autos geben	55%	31%	14%
Große, schwere Autos sollen stärker besteuert werden	54%	34%	12%
Es soll ein generelles Tempolimit auf der Autobahn geben	53%	40%	6%
Der Autoverkehr soll zugunsten umweltfreundlicher Alternativen reduziert werden, etwa durch den Ausbau von Bus und Bahn sowie von Radwegen	53%	34%	14%
Die Attraktivität von E-Autos als Dienstwagen soll verbessert werden	52%	32%	16%
Es soll verhindert werden, dass deutsche Hersteller aufgrund der CO ₂ -Flottengrenzwerte Strafzahlungen an Brüssel leisten müssen	52%	24%	24%
Oldtimer sollen als automobiles Kulturgut gestärkt werden	52%	25%	23%
Tankstellenbetreiber sollen verpflichtet werden, Ladesäulen für E-Autos einzurichten	51%	34%	14%
Es sollen nur E-Autos bezuschusst werden, die in Europa hergestellt werden	47%	35%	18%
Es soll ein „Volksleasing“ für E-Autos und verbrauchsarme Verbrenner für unter 60 Euro Leasingrate pro Monat geben	46%	29%	25%
Tempo-30-Zonen auf Hauptstraßen sollen zurückgenommen werden	45%	43%	12%
Das „Dienstwagenprivileg“, das die private Nutzung von Dienstwagen begünstigt, soll abgeschafft werden	39%	40%	21%
Es sollen Ladekarten für E-Autos mit bis zu 1.000 Euro bezuschusst werden	36%	41%	24%
Es soll keine verpflichtenden Fahrtauglichkeitsprüfungen für Senioren geben	34%	54%	12%
Die öffentliche Hand soll in der Regel nur noch E-Autos kaufen dürfen	31%	54%	15%
Die Pendlerpauschale soll durch ein Mobilitätsentgelt ersetzt werden	30%	31%	39%
Es sollen keine öffentlichen Mittel mehr in die Ladeinfrastruktur für E-Autos fließen	30%	49%	21%
Begleitetes Fahren soll schon ab 16 Jahren möglich sein	30%	62%	8%
Autonomes Fahren soll gefördert werden	29%	48%	23%

*Quelle: www.autoscout24.de / Innofact; Basis: repräsentative Stichprobe mit insgesamt 1.002 Autohaltern zwischen 18 und 65 Jahren; Befragungszeitraum: 14. bis 16. Januar 2025; Werte gerundet.